

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge durch die Verwaltung der Kreisstadt Auerbach. — Erscheinungstag: Freitag, den 21. August 1931. — Preis: 10 Pfennig. — Abonnement: 3 Mark pro Quartal. — Druck: Auerbach, Druckerei des Anzeigers für das Erzgebirge. — Nr. 194. — 26. Jahrgang.

Nr. 194 Freitag, den 21. August 1931 26. Jahrgang

### Die Staatsmänner haben das Wort

Nach dem Abschluß der Baseler Verhandlungen — Der Eindruck in Berlin — Das Stillhalteabkommen — Der Sinn des Sachverständigenberichtes — Was nun?

Berlin, 19. August. In Berliner politischen und wirtschaftlichen Kreisen ist der Bericht der Baseler Sachverständigen mit dem Interesse erwartet worden, das der außerordentlichen Bedeutung der Verhandlungen entspricht. Mit der Veröffentlichung findet nun die dritte Phase der Entwicklung des Reparationsproblems ihren Abschluß, die mit dem Plan des Hoover-Jahres begann und dann in der großen Londoner Konferenz fortgesetzt wurde.

Bei den Baseler Verhandlungen muß man zwischen dem jetzt erzielten Stillhalteabkommen und dem Bericht unterscheiden, dessen Wirkung über die Bedürfnisse des Augenblicks hinausführen soll. Das Stillhalteabkommen wird von unterrichteter Seite als eine Hilfskonstruktion bezeichnet. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß diese Aktion die Form einer Umlage zum Sachverständigenbericht hat. Dabei handelt es sich um Empfehlungen, die von den Delegierten der beteiligten Bankengruppen der verschiedenen Länder ausgehen. Es werden keine Zahlungen geleistet werden, die über die Baseler Richtlinien hinausgehen. Die Sachverständigen selbst haben zum Ausdruck gebracht, daß ihre Formel den Zweck hat, zu einer dauernden Lösung des Problems hinüberzuführen. Volle Befriedigung findet dieses Abkommen schon deshalb nicht, weil die schließlich erreichte Vereinbarung über die Markt-Guthaben nicht ohne gewisse Gefahren ist. Im einzelnen ist die Frage so geregelt worden, daß die Gläubiger sofort 25 Prozent (nicht 20 Prozent) und dann monatlich je 15 Prozent zurückzahlen können. Immerhin hat die Reichsbank Vorbehalte eingeschaltet, die ihr die Möglichkeit geben, die Raten durch Vereinbarung mit den anderen Notenbanken hinauszuschieben. Mit dem eigentlichen Sachverständigenbericht haben die Sachverständigen eine Teilantwort auf die Fragen gegeben, die die Londoner Konferenz ihnen vorgelegt hatte. Sie haben betont, daß die Bereinigung der deutschen Kreditwürdigkeit ihren Grund nicht in der deutschen Wirtschafts- oder Staatsführung hat, sondern in der zu hohen Belastung von außen her. Sie haben damit unmissverständlich auf die Notwendigkeit einer tragbaren Reparationsregelung hingewiesen und die ihnen gestellte Aufgabe, so weit sie politischer Natur ist, in die Hände der Politiker zurückgelegt. Es wird sogar ein äußerster Termin für die Herstellung einer solchen Lösung angegeben, nämlich das Ende der Stillhaltezeit, also ein halbes Jahr. Diese Feststellungen, die die Unterzeichner der Sachverständigen aller Länder tragen, werden in politischen und wirtschaftlichen Kreisen immerhin als außerordentlich bemerkenswert bezeichnet. Ueber die weitere Entwicklung ist zu sagen, daß der Sachverständigenbericht in den nächsten Tagen wohl zunächst der Öffentlichkeit reichlich Stoff zur Erörterung liefern wird. Dann wird sich zweifellos auf der Septembertagung des Völkerverbundes Gelegenheit zu weiteren Unterredungen der Staatsmänner bieten und schließlich dürfte die Londoner Konferenz in irgend einer Form wiederaufleben, um das Material auszuwerten, das die Sachverständigen den Politikern jetzt unter-

stellt worden, nicht bei den Wirtschaftlern, sondern bei den Politikern.

Die „Germania“ schreibt: Alle jene Fragen, die das Vertrauen der Völker untereinander nähren, die Handel und Produktion der Volkswirtschaften fördern, sollen und müßten in einem neuen Sinne angefaßt und bereinigt werden. Deutschland wird nicht warten können, bis alle Voraussetzungen für eine internationale Kreditoperation größten Stils gegeben sind. Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß die in den letzten Monaten uns entzogenen ausländischen Kapitalien nicht ersetzt werden, und unsere Banken werden daraus die Folgerungen ziehen müssen. Kreditfälligkeiten und Produktionserschwerfungen und damit eine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen wird die unausbleibliche Folge sein. Die Reichsregierung hat daher recht, wenn sie bereits heute mit einer Zahl von sieben Millionen Beschäftigungslosen rechnet, und ihre wichtigste Aufgabe wird es sein, die notwendigen Mittel zu deren Unterhaltung im Staatshaushalt bereitzustellen. Daß das zu weiteren Einsparungen, Vereinfachungen, aber auch zu neuen Belastungen aller Volksschichten führen wird, ist leicht vorauszusehen. Bei einer Verteilung der neuen Lasten wird die Regierung den Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit wie den der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit in gleichem Maße berücksichtigen müssen. Eine weitere Komprimierung unseres Lebensstandards ist also als sicher anzunehmen. Diese wird aber nur tragbar sein und ihren Zweck nur dann erfüllen, wenn gleichzeitig die Preise, sowohl der Produktion als auch der Konsumtion beim ersten Erscheuen wie beim letzten Verbraucher in Industrie, Handel und Landwirtschaft, eine Senkung erfahren. Die Entlastungen und Bindungen im Wirtschaftsleben werden noch weniger tragbar sein als bisher. Ihre völlige Beseitigung würde nur neues Chaos schaffen, eine Auslöschung wird sich nicht mehr vermeiden lassen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt die Bereinigung der Kreditwürdigkeit eines Landes wie Deutschland, das noch immer über einen gewaltigen Produktionsapparat und Hilfsmittel verschiedenster Art verfügt, traurig genug. Gerade das aber zeige, daß eben diese deutsche „Kreditwürdigkeit“ im Grunde politische Wurzeln habe, und insofern eben durchaus künstlich sei. Umso stärker aber werde Deutschland immer wieder auf die politischen Tribute als auf den Hauptstützpunkt der Weltwirtschaft hinweisen müssen. Der „Sozialanzeiger“ macht die Beurteilung des Berichtes davon abhängig, ob man den Glauben an eine allgemeine vernünftige Politik der beteiligten Staaten — mit dem ungeheuer wesentlichen Einschluß Frankreichs — aufbringen wolle oder nicht. Wer sich nicht vorstellen vermöge, daß Frankreich binnen sechs Monaten auf seine Vernichtungspolitik gegen Deutschland verzichten und allgemeines Weltvertrauen herbeiführen werde, der könne den offiziellen Schlussfolgerungen des Berichtes nur mit allergrößter Skepsis gegenüberstehen.

Die ersten französischen Stimmen  
Paris, 19. August. In einer Betrachtung der in Berliner Kreisen zum Ausdruck gebrachten Auffassung über den Ausgang der Baseler Konferenz erklärt die Agentur Havas, daß man hieraus die Schlussfolgerung ziehen müsse, daß die ausländischen Gläubiger Deutschlands im nächsten Jahre vor die Alternative gestellt seien, entweder auf die Reparationen oder auf die Rückzahlung der kurzfristigen Kredite zu verzichten. Der Fikaro sieht in dem Ausgang der Baseler Konferenz eine Lehre für die Gläubigerstaaten. Wenn die ausländischen Geldgeber, so betont das Blatt, über die Möglichkeit, wieder zu ihrem Gelde zu gelangen, noch Illusionen gehabt hätten, so würden sie durch das Ergebnis der Baseler Konferenz gründlich geholt worden sein. Trotzdem möchten die englischen und amerikanischen Geldgeber jetzt daran, auch die französischen Reserven in das bodenlose Faß zu tragen, das der deutsche Finanzmarkt darstelle.

Befriedigung in Amerika  
New York, 19. August. Zu den inoffiziellen Kommentaren der Wallstreetbankiers kommt eine bemerkenswerte Befriedigung über den Bericht des Wiggins-Komitees in Basel zum Ausdruck. Es wird geäußert, der Komiteebericht stimme mit den von den dortigen führenden Bankiers kürzlich inoffiziell geäußerten Ansichten überein.

Dr. Weichlor über die Arbeiten in Basel  
Paris, 19. August. Der deutsche Sachverständige Dr. Weichlor erklärte dem Vertreter einer Wirtschaftskorrespondenz gegenüber zu den Arbeiten der Sachverständigen in Basel: Die Tätigkeit der Experten in Basel war unparteiisch und hat sich in einer Atmosphäre aufrichtiger Herzlichkeit abgespielt. Zum ersten Male ist es gelungen, ein Sonderproblem in den Rahmen eines Gesamtproblems hinübergreifen. Die Arbeiten wurden uns dadurch erleichtert, daß wir uns alle sehr gut kannten und uns gegenseitig volles Vertrauen entgegenbrachten. Ganz besondere Anerkennung verdient die Haltung des Herrn Moreau, der die Arbeit sehr erleichtert hat. Die ganzen Besprechungen von kaum drei bis vier Tagen genügen, um den Grundriß unseres Berichtes zu entwerfen und den Weg zu zeigen, zu dem sich alle Länder orientieren müssen.

Der „Börsen-Kurier“ sieht es als selbstverständlich an, daß die Zeit der Provokationen weit genug überwunden ist, als daß noch von irgendeiner Seite mit der geringsten Erfolgsaussicht der Versuch gemacht werden könnte, Deutschland durch temporäre Zugeständnisse von neuem an die Rote zu legen. Denn darüber könne keine Unklarheit mehr bestehen: verständigere man auch nur noch auf kurze Zeit durch politische Mittel und speziell durch die künstliche Kapitalleitung der politischen Schulden einen erfolgversprechenden Versuch Deutschlands, aus der Tiefe seiner Wirtschaftskrise herauszukommen, dann lege man das wirtschaftliche Geschehen in der Welt neuen Wurzeln aus, die sich in geometrischer Progression beschleunigen müßten.

Aus dem Wortlaut des Layton-Berichtes  
Berlin, 19. August. Der hier vorläufig vorliegende Wortlaut des Berichtes des Studienausschusses für die Kreditlage Deutschlands enthält die bereits veröffentlichten Hinweise auf die Londoner Konferenz, auf das Festhalten der Verzinsung Deutschlands von 1924 bis 1930 und auf die Lage, wie sie sich im Jahre 1931 darstellt. Er beschäftigt sich mit der Frage der kurzfristigen Kredite, wobei er zu demselben Schluß kommt, daß es nötig ist, 1. das jetzige Volumen der deutschen Auslandskredite aufrecht zu erhalten und 2. auf alle Fälle einen Teil der zurückgezogenen Mittel aus ausländischen Quellen zu ersetzen. Auch dieser Teil des Berichtes ist bereits ausführlich wiedergegeben worden. Wegen seines besonderen politischen und wirtschaftlichen Interesses seien nachstehend die sich hieran anschließenden weiteren Abschnitte des Berichtes, die sich auf die Frage langfristiger Kredite beziehen, im Wortlaut wiedergegeben:

Das Echo in der Presse  
Berlin, 19. August. Die meisten Abendblätter beschäftigen sich in ausführlichen Kommentaren mit dem Bericht der Baseler Sachverständigen. In fast allen Auswertungen wird unterstrichen, daß die Sachverständigen die endgültige Lösung der Probleme den Politikern überlassen. Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet es als außerordentlich wertvoll, daß der Bericht die Kernprobleme, die gelöst werden müssen, um Deutschland und damit auch der Welt wieder wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, in nicht mißverständlicher Weise aufzeigt. Es sei anzunehmen, daß die so gewichtige Stimme des Layton-Berichtes nicht ungehört verhallen, sondern weitgreifende Folgen nach sich ziehen wird. Allerdings, viel Zeit sei nicht mehr zu verlieren. Deutschlands Lage gestatte nicht, daß diese Frage dilatorisch behandelt würde. Die Verantwortung liege, das sei auch in Basel ausdrücklich festge-

geben werden. Das deutsche Mitglied des Ausschusses hat auch nicht um die Gewährung solcher neuen Kredite gebittet, in der Erwartung, die Schwierigkeiten noch zu vergrößern. Zur Sicherung von Deutschlands finanzieller Stabilität müßten alle weiteren Kredite in Form einer langfristigen Anleihe gegeben und Teile der kurzfristigen Schulden in langfristige Verpflichtungen umgewandelt werden.

Die Möglichkeiten der Umwandlung eines Teiles der kurzfristigen Kredite in langfristige. Der zweite Teil des Auftrages weist uns die Aufgabe zu, die Möglichkeit der Aufnahme einer langfristigen Anleihe zu prüfen. Wenn Geldgeber aufgesordert werden, eine Anleihe dieser Art zu zeichnen, prüfen sie u. a. die allgemeine Wirtschaftslage des Landes, seine Handelsbilanz, um zu sehen, ob es den Anleihebeneh aus eigenen Mitteln, und zwar entweder sofort oder in einer annehmbaren Zeit bestreiten kann, und den Staatshaushalt, um sich zu vergewissern, ob die Währung des Landes gesichert ist. Im Falle Deutschlands sind diese drei Faktoren nicht ungünstig. Die Londoner Konferenz hat den Kredit ausgedrückt, daß Mangel an Vertrauen zu Deutschland die jetzige Krise so verschärft hat, was durch die wirtschaftliche Lage nicht gerechtfertigt ist. Die Zahlen der Handelsbilanz, die wir bereits gegeben haben, zeigen, daß Deutschland im-

geben werden. Das deutsche Mitglied des Ausschusses hat auch nicht um die Gewährung solcher neuen Kredite gebittet, in der Erwartung, die Schwierigkeiten noch zu vergrößern. Zur Sicherung von Deutschlands finanzieller Stabilität müßten alle weiteren Kredite in Form einer langfristigen Anleihe gegeben und Teile der kurzfristigen Schulden in langfristige Verpflichtungen umgewandelt werden.

Es ist klar, daß, falls die von Deutschland benötigten weiteren Mittel in Form von langfristigen Krediten gegeben würden, Deutschland einer noch größeren Schwierigkeit als jetzt gegenüberstehen würde bei Rückzahlung der in 8 Monaten fällig werdenden Verpflichtungen, wenn die Prolongationsfrist der zuerst beschriebenen Kredite abläuft. Unter diesen Umständen ist es unwahrscheinlich, daß demnächst zusätzliche Kredite aus privaten Quellen